

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2019

Wirtschaftschronik. I. Quartal 2019

Das Parlament des Vereinigten Königreichs stimmt in diesem Quartal drei Mal gegen den von der Regierung und der EU ausgehandelten Austrittsvertrag. Aufgrund der Differenzen im Unterhaus und um einen "harten Brexit" zu vermeiden, wird das Datum des Brexit auf Wunsch von Premierministerin May vom Europäischen Rat von 29. März auf 12. April verschoben. Die Europäische Zentralbank fordert die italienischen Banken auf, ihre Bestände an "Non Performing Loans" rascher abzubauen. Wegen der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums wird die Europäische Zentralbank ihre expansive Geldpolitik beibehalten, die Notenbank der USA signalisiert, 2019 keine weiteren Zinserhöhungen vorzunehmen. Angesichts der dramatischen Wirtschaftskrise emigriert ein großer Teil der Bevölkerung Venezuelas. – In Österreich wird 2018 erstmals seit 1974 ein Überschuss des öffentlichen Gesamthaushaltes von 426 Mio. € (0,1% des BIP) ausgewiesen.

Calendar of Economic Events. First Quarter of 2019

The UK Parliament is voting three times this quarter against the treaty of withdrawal negotiated by the government and the EU. Due to differences in the House of Commons and in order to avoid a "hard Brexit", the date of the Brexit is postponed by the European Council from 29 March to 12 April 2019 at the request of Prime Minister May. The European Central Bank calls on Italian banks to reduce their holdings of non-performing loans more quickly. Because of the slowdown in economic growth, the European Central Bank will maintain its expansive monetary policy, and the US central bank signals that it will not raise interest rates any further in 2019. In view of the dramatic economic crisis, a large part of Venezuela's population is emigrating. – In 2018, for the first time since 1974, Austria reports a surplus of 426 million € (0.1 percent of GDP) in its total public budget.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, angelina.keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. März 2019.

Begutachtung: Simon Loretz, Stefan Schiman

1. Ausland

6. Jänner: Die italienische Regierung sagt der zehntgrößten Bank von Italien, der Banca Carige aus Genua, 1,3 Mrd. € an staatlichen Garantien für die Platzierung neuer Anleihen zu. Zu Jahresbeginn wurde die Bank von der EZB unter Zwangsverwaltung gestellt, nachdem eine Kapitalerhöhung gescheitert war.

Italien: Banca Carige

10. Jänner: Der Bundesverband der deutschen Industrie stellt ein Grundsatzpapier zu China vor, das auf den Wettbewerb zwischen den Systemen einer liberalen, offenen und sozialen Marktwirtschaft in der EU und einer staatlich geprägten Wirtschaft in China eingeht. Die Effektivität von handelspolitischen Schutzmaßnahmen (Anti-Dumping- und Anti-Subventionsmaßnahmen) müsse in allen Bereichen im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie sichergestellt sein. Die Fusionskontrolle in der EU soll auch "europäische Champions" zulassen, um mit chinesischen Großkonzernen konkurrieren zu können. Eine Subventionskontrolle für Investitionen von chinesischen Unternehmen in sensiblen Bereichen in Europa wird verlangt.

Deutschland: Grundsatzpapier zu China

14. Jänner: Venezuelas Präsident Maduro verkündet, den Mindestlohn um 300% auf 18.000 Bolivar pro Monat (entsprechen 6 \$ auf dem Schwarzmarkt) zu erhöhen. 2018 lag die Inflation bei 1,7 Mio. %, für 2019 rechnet der IWF mit einer Inflationsrate von 10 Mio. %. Aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Krise haben bisher 3 Mio. Menschen das Land verlassen.

Venezuela: Wirtschaftskrise

15. Jänner: Das Unterhaus des Vereinigten Königreichs lehnt mit 432 zu 202 Stimmen den Vertrag über den EU-Austritt ab.

Vereinigtes Königreich: Brexit

EZB: italienische Banken

Die Europäische Zentralbank (EZB) fordert die italienischen Banken auf, die Abschreibungen von Non Performing Loans deutlich zu erhöhen und den Bestand dieser Werte bis 2026 zu bereinigen. Viele italienische Finanzinstitute können sich nur sehr eingeschränkt auf dem internationalen Anleihemarkt finanzieren, da die Schuldenaufnahme nur mit großen Aufschlägen möglich ist.

EU: Einstimmigkeitsprinzip

Die Europäische Kommission legt ein Diskussionspapier vor, das die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen bis Ende 2025 vorsieht. Steuerfragen sollten dann mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden¹⁾. Laut Art. 48 des Vertrages über die Europäische Union kann durch einstimmigen Beschluss und Ratifikation in jedem Mitgliedsland für Abstimmungen in bestimmten Bereichen eine qualifizierte Mehrheit festgelegt werden.

EZB: Geldpolitik

24. Jänner: Der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi bekennt sich angesichts der steigenden Konjunkturrisiken zur Beibehaltung der expansiven Geldpolitik.

USA: Shutdown

25. Jänner: Der Präsident der USA Trump unterzeichnet ein Gesetz, mit dem er seine Forderung nach der Finanzierung einer Grenzmauer zu Mexiko aufgibt, und beendet somit den bisher längsten "Shutdown". Von dieser 35 Tage andauernden Schließung der Bundesbehörden waren 800.000 öffentlich Bedienstete betroffen, die zum Teil ohne Bezahlung arbeiteten oder zwangsbeurlaubt wurden.

USA: Wachstumsprognose

28. Jänner: Das Congressional Budget Office (CBO) der USA korrigiert die Wachstumsprognose für 2019 um -0,1 Prozentpunkt auf 2,3%; im Vorjahr wuchs das BIP um 3,1%. Die Wachstumsverlangsamung ist auf das Auslaufen der Wirkung der Steuerreform und eine Verringerung der Staatsausgaben im Jahr 2019 zurückzuführen. Der Shutdown dämpfte das Wachstum im IV. Quartal 2018 um 0,1 Prozentpunkt und im I. Quartal 2019 um 0,2 Prozentpunkte. Für die Jahre 2020/2029 wird ein durchschnittliches Wachstum von 1,7% erwartet. Das CBO prognostiziert für 2019 ein Haushaltsdefizit von 4,2% des BIP und für die Jahre 2020/2029 von durchschnittlich 4,4%. Die Schuldenquote, die derzeit bei 78% des BIP liegt, wird bis 2029 93% des BIP erreichen (Schuldenstand 28,7 Bio. \$).

USA: Venezuela

Der Finanzminister der USA Mnuchin und der nationale Sicherheitsberater Bolton geben weitere wirtschaftliche Sanktionen gegen Venezuela bekannt. Das Vermögen des staatlichen venezolanischen Mineralölkonzerns PDVA wird blockiert, der Einkauf von Rohöl aus Venezuela ist weiterhin möglich, jedoch müssen die Zahlungen auf gesperrte Konten erfolgen, um die Mittel nicht mehr an die Regierung zurückfließen zu lassen. Der Oppositionsführer Guaido hat sich bis zur Ausrufung von Neuwahlen zum Übergangspräsidenten erklärt und wurde als solcher von zahlreichen Ländern, darunter den USA anerkannt. Venezuelas Volkswirtschaft hängt in hohem Maß von den Einnahmen der Erdölindustrie ab.

Vereinigtes Königreich: Brexit

29. Jänner: Das Unterhaus des Vereinigten Königreichs stimmt mit 317 zu 301 Stimmen für eine Neuverhandlung des im November mit der EU verhandelten Austrittsvertrages. Der Präsident des Europäischen Rates Tusk erklärt, dass Nachverhandlungen ausgeschlossen sind.

EU: Iran-Sanktionen

Deutschland, das Vereinigte Königreich und Frankreich gründen die in Paris ansässige Spezialgesellschaft Instex SAS (Instrument in Support of Trade Exchanges). Diese Clearing-Stelle soll Unternehmen aus der EU trotz der Wirtschaftssanktionen der USA Geschäfte mit dem Iran ermöglichen, indem Exporte und Importe in Form von Gutschriften gegengerechnet werden²⁾.

EU: Brexit

30. Jänner: Der Präsident der Europäischen Kommission Juncker erklärt vor dem Europäischen Parlament, dass die EU nicht bereit ist, das Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich nachzuverhandeln.

¹⁾ Eine qualifizierte Mehrheit ist erreicht, wenn 55% der Mitgliedsländer der EU zustimmen, die gleichzeitig 65% der Bevölkerung repräsentieren.

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2018", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(7), S. 480, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61192>.

5. Februar: Die in Berlin vorgestellte "Nationale Industriestrategie 2030"³⁾ entwickelt strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit sowie die technologische Führungsposition Deutschlands und der EU sicherzustellen. Der Beitrag der Industrie zur Bruttowertschöpfung soll bis 2030 in Deutschland auf 25% (derzeit 23%) und in der EU auf 20% gesteigert werden. Eine aktive Rolle müsse der Staat dort ausüben, wo große Nachteile für die eigene Volkswirtschaft abgewendet werden müssen. Um sich dem Wettbewerb mit den USA und China zu stellen, werden Innovationstempo und technologische Souveränität sowie europäische und nationale Champions notwendig sein.

Deutschland: Nationale Industriestrategie 2030

6. Februar: Die Europäische Kommission untersagt den Zusammenschluss des französischen Schienenfahrzeugherstellers ALSTOM mit der Bahntechniksparte des deutschen Siemens-Konzerns, weil er den Wettbewerb unzulässig einschränken würde.

EU: ALSTOM–Siemens

15. Februar: Da der Kongress der USA weiterhin die Finanzierung der Mauer zu Mexiko ablehnt, erklärt Präsident Trump die Situation an der Grenze zu Mexiko zum nationalen Notstand. Er erhält damit ohne Zustimmung des Kongresses Zugang zu Finanzmitteln im Ausmaß von 8 Mrd. \$, mit denen ein Großteil der Grenzbefestigung zu Mexiko finanziert werden kann.

USA: Notstand

21. Februar: Der Europäische Rat stellt das Programm investEU vor, das die derzeit 14 verschiedenen Finanzinstrumente bündelt und zusätzlich Investitionen von 698 Mrd. € durch Garantien im Ausmaß von 40,8 Mrd. € für den Zeitraum 2021/2027 mobilisieren soll. Ein konsolidiertes Finanzierungsangebot soll eine wirksamere Unterstützung von Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU gewährleisten. Über Garantien aus dem EU-Haushalt sollen die Bereiche nachhaltige Infrastruktur, Forschung, Innovation und Digitalisierung, Klein- und Mittelbetriebe sowie soziale Investitionen und Kompetenzen gefördert werden, ähnlich dem Konzept des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Die Europäische Investitionsbank-Gruppe (EIB) soll die Initiative verwalten und ausführen. Nationale Förderbanken und im EU-Raum tätige internationale Finanzinstitute könnten direkten Zugang zu EU-Garantien haben. Die Mitgliedsländer sollen einen Teil der ihnen zugewiesenen kohäsionspolitischen Mittel dem Fonds "investEU" zuleiten können, um die Deckung durch die EU-Garantie noch zu verstärken.

EU: investEU

27. Februar: Die Notenbank der USA gibt bekannt, die Leitzinssätze in weiterer Zukunft unverändert zu lassen, und signalisiert, auch 2019 keine weiteren Zinserhöhungen vorzusehen. Auch werde die Verkürzung der Bilanz derzeit nicht weiter vorangetrieben.

USA: Leitzinssätze

1. März: Anlässlich eines Treffens in Moskau sagt der Außenminister von Russland Lawrow dem Vizepräsidenten von Venezuela Rodriguez Hilfsleistungen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu. Die Hilfslieferungen der USA dürfen die USA seit Wochen nicht verlassen. Der Mineralölsektor Venezuelas erlitt durch die Sanktionen der USA Einbußen von 30 Mrd. \$ (26,28 Mrd. €).

Russland: Venezuela

5.-15. März: In China tagt der jährliche nationale Volkskongress. Das Regierungsoberhaupt Li Keqiang geht in seiner Eröffnungsrede auf die Risiken des Protektionismus und einer Politik des Unilateralismus ein. Das Wirtschaftswachstum wird 2019 6% bis 6,5% erreichen, die gesamtwirtschaftliche Verschuldung soll auf dem derzeitigen Niveau von 300% des BIP verbleiben, jedoch liegt die Sparquote bei 37%, sodass die Verschuldung im Inland bleibt. Um Kleinbetrieben die Finanzierung zu erleichtern, wird ihnen ein um 30% höheres Kreditvolumen zur Verfügung stehen. In die Förderung zentraler Technologien durch örtliche Behörden sollen 320 Mrd. \$ fließen, um 119 Mrd. \$ mehr als im Vorjahr. 2019 werden die Steuern und SV-Beiträge der Unternehmen gesenkt, eine Reform der Mehrwertsteuer sieht nur mehr zwei Steuersätze, eine Senkung des Steuersatzes für das verarbeitende Gewerbe um 3 Prozentpunkte auf 13% und für das Transport- und Baugewerbe um 1 Prozentpunkt auf 9% vor. Künftig sollen ausländische Unternehmen in mehreren Sektoren ohne Joint-Venture-Partner tätig werden können.

China: nationaler Volkskongress

³⁾ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Nationale Industriestrategie 2030, Berlin, 2019, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/nationale-industriestrategie-2030.pdf?__blob=publicationFile&v=22.

Der Markt für Anleihen und der Schutz des geistigen Eigentums sollen ausgebaut werden.

Italien: Bürgergeld

6. März: In Italien beginnt die Antragsfrist für das "Bürgergeld": Die staatliche Sozialleistung wird ab Ende Mai 2019 in Form einer Debit-Karte zugeteilt. Bedürftige Einzelpersonen erhalten 780 € pro Monat, Familien mit zwei Kindern 1.280 €. Die jährlichen Kosten werden auf 7 Mrd. € geschätzt.

EU: Geldpolitik

7. März: Der Präsident der Europäischen Zentralbank Draghi verlautbart, dass die expansive Geldpolitik der EZB im Jahr 2019 beibehalten wird. Aufgrund der Wachstumsverlangsamung im Euro-Raum unterschreitet die prognostizierte Inflationsrate im Jahr 2019 den Zielwert der EZB von 2% erneut.

EU: Digitalsteuer

12. März: Anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates für Wirtschaft und Finanzen findet der Vorschlag zur Einführung einer EU-Digitalsteuer auf digitale Werbedienstleistungen von einigen Mitgliedsländern keine Zustimmung. Für eine Umsetzung wäre ein einstimmiger Beschluss erforderlich gewesen.

EU: China

Die Europäische Kommission legt 10 Maßnahmen zur Verfolgung ihrer politischen Strategie gegenüber China vor. Die Vorschläge umfassen u. a. eine verstärkte Zusammenarbeit mit China auf politischem Gebiet (Menschenrechte, Frieden und Sicherheit) und in der Bekämpfung des Klimawandels auf Basis des Pariser Übereinkommens. China soll aufgefordert werden, den von der Welthandelsorganisation (WTO) auferlegten Reformverpflichtungen in den Bereichen Subventionen und Technologietransfer nachzukommen. Angestrebt wird ein gegenseitiger Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen unter Berücksichtigung von hohen Arbeits- und Umweltstandards. Weiters umfassen die Vorschläge die Sicherstellung des Schutzes der digitalen Infrastruktur (5G-Netz) und eine Sensibilisierung der Mitgliedsländer hinsichtlich ausländischer Investitionen in kritische Vermögenswerte, Technologien und Infrastruktur, um Sicherheitsrisiken abzuwenden.

Vereinigtes Königreich: Brexit

Erneut entscheidet sich das Unterhaus des Vereinigten Königreichs mit 391 Nein- zu 242 Ja-Stimmen gegen den EU-Austrittsvertrag.

Vereinigtes Königreich: Brexit

13. März: Das Unterhaus des Vereinigten Königreichs lehnt einen EU-Austritt ohne Abkommen ab (321 Nein- zu 278 Ja-Stimmen). In einem zuvor angenommenen Änderungsantrag (312 Ja- zu 308 Nein-Stimmen) wurde die zeitliche Einschränkung aus dem Hauptantrag entfernt.

Vereinigtes Königreich: Brexit

14. März: Eine Volksabstimmung über einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU wird vom Unterhaus mit 312 Ja- zu 314 Nein-Stimmen abgelehnt. Ein Antrag, der die Regierung beauftragt, eine Terminverschiebung des Austrittes um mindestens drei Monate zu verhandeln, wird mit 412 Ja- zu 202 Nein-Stimmen angenommen.

USA: Boeing

Die Luftfahrtbehörde der USA Federal Aviation Administration (FAA) verhängt ein Flugverbot für Maschinen des Typs Boeing 737 Max, nachdem die meisten internationalen Luftfahrtbehörden bereits Flüge dieses Flugzeugtyps verboten haben. Seit Oktober 2018 sind zwei Passagierflugzeuge dieses Typs abgestürzt und insgesamt 346 Menschen ums Leben gekommen.

Vereinigtes Königreich: Brexit

20. März: In einem Schreiben bittet die Premierministerin des Vereinigten Königreichs May den Europäischen Rat um eine Aufschiebung des Brexit bis zum 30. Juni 2019. Falls sich das Vereinigte Königreich nicht an der Wahl zum Europäischen Parlament beteiligt, muss es spätestens vor Beginn der neuen Parlamentsperiode im Juli die Europäische Union verlassen. Die Wahl findet Ende Mai 2019 statt.

EU: Brexit

21.-22. März: Die 27 Staats- und Regierungsoberhäupter der EU stimmen anlässlich der Ratstagung für eine Fristverlängerung für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU nach Art. 50 des Vertrages über die Europäische Union bis zum 22. Mai 2019. Voraussetzung ist, dass das Austrittsabkommen in der folgenden Woche vom Unterhaus gebilligt wird. Falls das Unterhaus des Vereinigten Königreichs das Austrittsabkommen nicht billigt, stimmt der Europäische Rat einer Fristverlängerung bis zum 12. April 2019 zu. In diesem Fall erwartet der Rat Angaben zur weiteren Vorgehensweise. Der Rat bekräftigt, dass nicht erneut über das im November 2018 vereinbarte Austrittsabkommen verhandelt werden kann. Vorbereitung und Notfallvorsorge für

die Folgen des Austrittes des Vereinigten Königreichs sind fortzusetzen. Allen möglichen Ergebnissen ist Rechnung zu tragen.

Im Anschluss beschäftigt sich der Rat mit dem bevorstehenden Gipfeltreffen mit China, mit der Stärkung der wirtschaftlichen Basis der EU basierend auf dem Binnenmarkt mit Schwerpunkt Dienstleistungswirtschaft, der Industriepolitik mit Schwerpunkt künstliche Intelligenz und einer Digitalpolitik, die für ein Zeitalter des digitalen Wandels und die Datenwirtschaft geeignet sein soll. Der Rat wird bis spätestens 2020 eine ehrgeizige langfristige Strategie für den Klimaschutz vorlegen. Im Hinblick auf die Wahl zum Europäischen Parlament werden die Internet-Plattformen und sozialen Netzwerke nachdrücklich aufgefordert, den Verhaltenskodex vollständig umzusetzen und höhere Standards für Verantwortung und Transparenz zu gewährleisten. Die Bekämpfung von Desinformation und der Schutz der demokratischen Integrität der EU-Wahl und der nationalen Wahlen in der EU müssen sichergestellt sein.

26. März: Das Europäische Parlament stimmt für eine umstrittene Reform des Urheberrechtes. Sie regelt, wie Internet-Plattformen mit urheberrechtlich geschütztem Material umgehen müssen. Ab der Umsetzung in nationales Recht (2020) haftet der Betreiber einer Webseite für die Inhalte und muss eine Bewilligung vom Urheber einholen. In einer möglichen technischen Umsetzung über Upload-Filter sehen Kritiker ihr Recht auf freie Meinungsäußerung durch die Betreiber von Webseiten gefährdet.

Zur Verhinderung von Personenschäden im Straßenverkehr einigen sich das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission, in Fahrzeugen ab 2022 neue Sicherheitssysteme wie Geschwindigkeitsassistenten, Notbremssysteme, Blackbox u. a. verbindlich einzuführen.

Auf Einladung des französischen Präsidenten Macron findet in Paris ein Treffen mit dem Präsidenten der Volksrepublik China Xi Jinping, der deutschen Bundeskanzlerin Merkel und dem Präsidenten der Europäischen Kommission Juncker statt. Themen sind die Stärkung des Multilateralismus, die Bedeutung der internationalen Institutionen und der Ausbau der "neuen Seidenstraße". Am Vorabend wurden 14 Abkommen zwischen Frankreich und China geschlossen, darunter ein Großauftrag für Airbus über 300 Flugzeuge.

27. März: Das Unterhaus des Vereinigten Königreichs lehnt acht Anträge zu Alternativen zum Brexit-Abkommen ab, u. a. einen Austritt ohne Vertrag, einen Stopp des Austrittsprozesses, das Verlassen der EU mit enger wirtschaftlicher Anbindung und ein Referendum über einen Vertrag, der die Zustimmung des Unterhauses erhält.

Der Agrarkonzern Monsanto aus den USA, ein Tochterunternehmen von Bayer, wird in den USA zu einer Geldstrafe von 80 Mio. \$ verurteilt, da ein Zusammenhang zwischen der Krebserkrankung des Klägers und der Anwendung des Unkrautvernichters "Roundup" (Wirkstoff Glyphosat) erkannt wird. Weitere 11.200 Produkthaftungsklagen sind in den USA anhängig.

29. März: Das Unterhaus des Vereinigten Königreichs lehnt erneut den Vertrag über den Austritt aus der EU mit 344 Nein- zu 286 Ja-Stimmen ab. Damit gilt die Verschiebung des Brexit von 29. März auf 12. April 2019.

EU: China

EU: Urheberrecht

EU: Straßenverkehr

Frankreich: Seidenstraße

Vereinigtes Königreich: Brexit

USA: Monsanto

Vereinigtes Königreich: Brexit

2. Österreich

1. Jänner: Die Regelungen des "Familienbonus Plus" treten in Kraft⁴⁾.

24. Jänner: Wie die EU-Sozialkommissarin Thyssen in einem Mahnschreiben an Österreich festhält, verletze die seit Jahresbeginn vorgenommene Indexierung der Familienbeihilfe an die Lebenshaltungskosten des jeweiligen EU-Landes, in dem sich die Kinder befinden, den Grundsatz der Gleichbehandlung. Ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich wird eingeleitet. Nach zwei Mahnungen und der Möglichkeit zur

Familienförderung:
Familienbonus Plus

Familienförderung:
Familienbeihilfe

⁴⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2018", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(7), S. 484, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61192>; Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2015", WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(1), S. 34, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/58647>.

5G-Technologie:
Bieterverfahren

Stellungnahme Österreichs kann die Europäische Kommission entscheiden, ob der Sachverhalt dem Europäischen Gerichtshof zur Entscheidung weitergeleitet wird.

7. März: Die Nutzungsrechte für die Ausstattung mit den Mobilfunkfrequenzen der 5G-Technologie (5. Generation) im Band 3,4 GHz bis 3,8 GHz ergehen für insgesamt 188 Mio. € an sieben Bieter. Eine österreichweite 5G-Ausstattung sichern sich die drei Mobilfunkunternehmen A1, T-Mobile und Drei. Mass Response, LIWEST und Salzburg AG sowie Holding Graz erhalten den Zuschlag für einzelne der 12 Teilregionen.

Familienförderung:
Familienbeihilfe

25. März: In einem Antwortschreiben an die Europäische Kommission verteidigt Familienministerin Bogner-Strauß die Anpassung der Familienbeihilfe und des in diesem Jahr eingeführten Familienbonus an die Lebenshaltungskosten des Landes, in dem sich die Kinder befinden. Ein sehr unterschiedliches Preisniveau in den Ländern rechtfertigt eine solche Differenzierung.

Opel: Arbeitsplätze

27. März: Der Mutterkonzern von Opel, Groupe PSA, bestätigt den geplanten Abbau von 350 bis 400 der insgesamt 1.200 Arbeitsplätze im Motoren- und Getriebewerk Wien-Aspern bis Ende 2019.

Budgetäre Notifikation:
Budgetüberschuss

28. März: Die budgetäre Notifikation weist für 2018 erstmals seit 1974 einen Überschuss der öffentlichen Finanzen von 426 Mio. € (0,1% des BIP) und einen Schuldenstand von 284,8 Mrd. € bzw. eine Schuldenquote von 73,8% des BIP aus. Die Staatsverschuldung lag um 4,5 Mrd. € unter dem Vorjahreswert, und die Staatsschuldenquote verbesserte sich um 4,4 Prozentpunkte. Die Staatseinnahmen betrugen 187,6 Mrd. € und waren damit um 8,6 Mrd. € (4,8%) höher als im Vorjahr. Dazu trugen vor allem höhere Einnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen bei (+8,2 Mrd. €, +5,3%). Mehreinnahmen an Einkommen- und Vermögensteuern von 4 Mrd. € (8,4%) und an Körperschaftsteuer von 1,2 Mrd. € leisteten einen erheblichen Beitrag. Das Lohnsteueraufkommen war mit 28,3 Mrd. € (+1,9 Mrd. €, +7,1%) fast so hoch wie vor der Steuerreform 2015. Die Staatsausgaben stiegen mäßig auf 187,2 Mrd. € (+5,3 Mrd. €, +2,9% gegenüber 2017). Am deutlichsten erhöhten sich die Ausgaben für Förderungen (+1,8 Mrd. €, +10,1%), zurückzuführen auf den unter Förderungen verbuchten Beitrag an die EU, der nach einem Rückgang von 300 Mio. € 2017 um 850 Mio. € ausgeweitet wurde. Stark rückläufig waren die Zinsaufwendungen (-400 Mio. €, -6,2%). Überschüsse wurden sowohl auf Bundesebene (736 Mio. €) als auch auf Landesebene (619 Mio. €) und Gemeindeebene (26 Mio. €) sowie in den Sozialversicherungen (518 Mio. €) erzielt.